

# Berufsschulen: Anstalt oder Stiftung?

**BILDUNG** Reform geht in die entscheidende Phase. Ein Eckpfeiler ist die Zusammenführung der einzelnen Schulen zu Berufsbildungszentren.

Peter Ulrich Meyer

Eine der ehrgeizigsten Reformen im Bildungsbereich geht in die entscheidende Phase: In der kommenden Woche wollen die fünf internen Arbeitsgruppen der Hamburger Bildungsbehörde ein Eckpunkte-Papier zur Neuordnung der Berufsschulen vorlegen.

Nach Informationen des Hamburger Abendblatts könnte es darauf hinauslaufen, dass die 48 Berufsschulen in eine Anstalt öffentlichen Rechts umgewandelt werden. Ebenfalls in der Diskussion ist die Rechtsform einer Stiftung. „Eine Privatisierung, wie von manchen befürchtet, wird es auf keinen Fall geben“, sagte Achim Meyer auf der Heyde (49), Leiter des Amtes für Berufliche Bildung und Weiterbildung, im Gespräch mit dem Abendblatt.

Die Umwandlung der Berufsschulen in eine Anstalt öffentlichen Rechts hätte zur Konsequenz, dass die Lehrer Beamte bleiben könnten. Zurzeit wird noch geprüft, inwieweit die Dienstherren-Funktion übertragbar wäre. Die Schulaufsicht und damit die Überwachung der Einhaltung schulischer Standards bliebe selbstverständlich bei der Bildungsbehörde.

Zum Hintergrund: Im Koalitionsvertrag haben sich CDU, Schill-Partei und FDP vorgenommen, die berufliche Bildung zu reformieren. „Dabei wird das

duale System beibehalten, allerdings eine stärkere Kooperation mit den Kammern und Unternehmen angestrebt, um bedarfsorientierte Angebote zu entwickeln und berufsspezifisches Spezialwissen besser zu nutzen“, heißt es im Koalitionsvertrag. In den so genannten Jesteburger Beschlüssen der Koalition zum Haushalt wurden ausdrücklich auch „sehr weit gehende Lösungen (zum Beispiel Überführung in eine privatrechtliche Rechtsform) nicht ausgeschlossen“.

Die Variante, für die Berufsschulen zum Beispiel eine GmbH zu gründen, ist jedoch offensichtlich vom Tisch. Aus Sicht von Achim Meyer auf der Heyde hätte diese Rechtsform unter anderem den Nachteil, dass die Lehrer keine Beamten bleiben könnten. Den großen Vorzug einer Anstalt öffentlichen Rechts wie auch einer Stiftung sieht der Amtsleiter darin, dass die Schulen kundenorientierter arbeiten können. Das heißt, sie können stärker auf die Wünsche der Unternehmen eingehen. Wichtig ist Meyer auf der Heyde jedoch, dass die Berufsschulen neben der beruflichen weiterhin soziale Handlungskompetenz vermitteln. „Es bleibt bei dem ganzheitlichen Bildungsauftrag“, betonte er.

Ebenso wichtig ist dem Top-Beamten auch, dass das gesamte Berufsschulwesen in die neue Rechtsform überführt wird. „Wir behalten die Vielzahl von 250 Bildungsgängen, die es jetzt gibt, bei“, sicherte Meyer auf der Heyde zu. Das heißt: Es wird keine Abkoppelung des dualen Systems von den teuren Vollzeit-Angeboten zur beruflichen Qualifikation geben, mit denen die Berufsschulen all denen Perspektiven bieten, die (noch) keine Chance auf einen Ausbildungsplatz haben. Ein Eckpfeiler

der Reform ist die Zusammenführung der einzelnen Schulen zu eher 20 als 15 so genannten Berufsbildungszentren (BBZ) mit bis zu 4000 Schülern.

Die neue Rechtsform und die stärkere Ausrichtung der Zentren an einzelnen Branchen soll eine engere Kooperation mit den Betrieben ermöglichen. Die größere Staatsferne ermöglicht gemeinsame Projekte mit Fachhochschulen, Innungen oder Verbänden. „Da kann es Joint-ventures zu einzelnen Themen geben“, sagte Achim Meyer auf der Heyde.

Die Berufsbildungszentren sollen ein Aufsichtsgremium, einen Vorstand oder eine Geschäftsführung erhalten. Modell für die neue Konstruktion könnte die Bundesanstalt für Arbeit sein, in der der Staat, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer drittelparitätlich mitbestimmen. Mehrere Bundesländer erproben zurzeit eine Neuorganisation der Berufsschulen. Eine eigene Rechtsfähigkeit der Berufsbildungszentren in Form einer Anstalt öffentlichen Rechts – wie es sich jetzt in

Hamburg abzeichnet – wäre Neuland. Nur in den Niederlanden und in Dänemark gibt es bereits Erfahrungen mit ähnlichen Modellen.

Trotz des großen Zeitdrucks, unter den sich der Hamburger Senat gesetzt hat, arbeiten auch die Handels- und die Handwerkskammer an eigenen Reformvorschlägen. Vor einer politischen Entscheidung sollen die Ideen beider Seiten zusammengeführt werden. „Die Federführung liegt aber bei uns“, betonte Achim Meyer auf der Heyde gegenüber dem Hamburger Abendblatt.

Zum 1. August 2003, dem Beginn des neuen Schuljahres, soll die Reform zumindest in einem Pilotversuch erprobt werden.

*Zum 1. August 2003, dem Beginn des neuen Schuljahres, soll die Reform zumindest in einem Pilotversuch erprobt werden.*

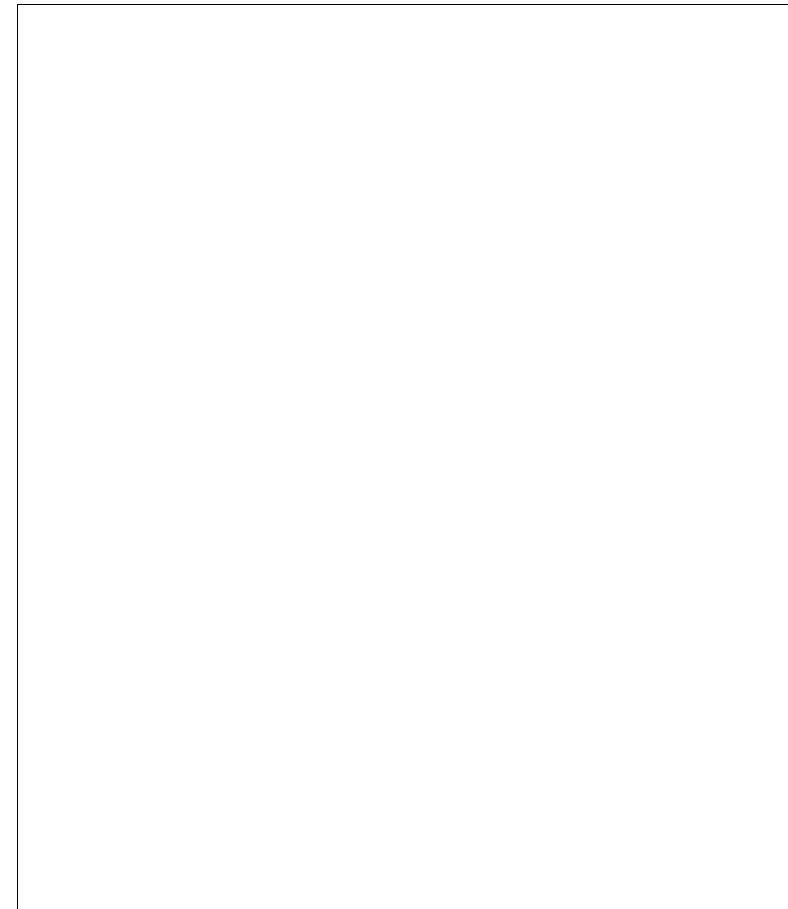


FOTO: MICHAEL ARNING

## Neuer Basketballplatz – die Kinder haben ihn sich verdient

Der Lohmühlenpark in St. Georg hat einen neuen Basketballplatz. Gestern wurde er von Polizeipräsident Udo Nagel (51), Dirk Reimers (59), Vorsitzender des Polizeivereins, und Markus Schreiber (42), dem Leiter des Bezirksamts Mitte, offiziell eröffnet – auch wenn ihn die Kinder und Jugendlichen bereits seit Tagen nutzen. Sie spielen, rennen, werfen. Und lachen. Immerhin haben sie sich ihren Platz selbst verdient. „Die Kinder haben auf Gewalt verzichtet und im Gespräch nach einer Lösung gesucht“, sagte

sich schon Nase an Nase gegenüber“, sagte Derk Langkamp (54), Jugendbeauftragter der Polizei. Anstatt die Situation aber eskalieren zu lassen, wendeten sich die Kinder und Jugendlichen an ihren „Bezirksbullen“. Langkamp reagierte, genau wie der Polizeipräsident und der Hamburger Polizeiverein. Der Verein spendete kurz entschlossen 15 000 Euro für ein neues Basketballfeld. Das Bezirksamt Mitte gab weitere 15 000 Euro dazu.

Innerhalb von vier Monaten wurde das Projekt umgesetzt,